Pressespiegel

Ausgabe: 19.06.2021

Explodierende Mieten: Bund muss endlich handeln – Aktionstag am Samstag

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordern einen bundesweiten Mietenstopp, um die vielerorts explodierenden Mieten einzudämmen und Zeit für den ausreichenden Neubau von bezahlbarem Wohnraum zu gewinnen. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags der Kampagne Mietenstopp am 19. Juni 2021 wollen zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen diese Forderung auf die Straße tragen.

Die Entwicklung der Mieten in vielen großen, aber auch mittleren Städten ist seit Jahren ein Grund zur Sorge. Viele Haushalte mit kleinem und oft sogar mittlerem Einkommen haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre Miete zu finanzieren. "Die bestehenden Möglichkeiten zur Regulierung der Mietpreise reichen nicht weit genug. Nötig ist die Einführung einer bundesweit einheitlichen und unbefristet geltenden Mietpreisbremse", betont der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

"Aktuelle Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung zeigen: Fast die Hälfte der 8,4 Millionen Haushalte in Deutschlands Großstädten müssen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben. Dazu kommt ein schrumpfendes Angebot von nur noch 1,1 Millionen preisgebundenen Wohnungen. Anders ausgedrückt: Alle zwölf Minuten verschwindet in Deutschland eine Sozialwohnung vom Markt. Ich sehe den Neubau-Bedarf bis 2025 bei rund 1,5 Millionen Wohnungen. Und das müssen vor allem Sozialwohnungen und bezahlbare Wohnungen sein", sagt Robert Feiger, Bundesvorsitzender der IG BAU.

Die Bundesregierung muss gemeinwohlorientierte Anbieter von Wohnraum stärken - insbesondere durch Eigenkapital für kommunale Wohnungsunternehmen und durch die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit. Zudem sollte die Bundesregierung die Kommunen finanziell beim Kauf von Grundstücken und sogenannten "Schrottimmobilien" unterstützen.

Pressespiegel

Ausgabe: 19.06.2021

Niederrhein DGB

Die Wohnungswirtschaft ist Arbeitgeber für etwa 250 000 Menschen. Bis in die 1990er-Jahre waren dort Mitbestimmung und Tarifverträge Standard. Aufgrund von Privatisierungen, Liberalisierungen und Börsengängen seien seitdem immer mehr tariffreie und mitbestimmungsfreie Zonen entstanden. "Wohnungsunternehmen, die öffentliche Fördermittel erhalten, müssen daher künftig einer Tarifbindung unterliegen", sagt Werneke.

Lokalkompass

457 neue Wohnungen in einem Jahr gebaut

Handwerker haben volle Auftragsbücher

FOTO: IG BAU

In Duisburg wurden im vergangenen Jahr 457 neue Wohnungen gebaut – in Ein- und Zweifamilienhäusern, in Reihen- und Mehrfamilienhäusern. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt mit. Die IG BAU beruft sich auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts. Danach flossen für den Neubau in Duisburg Investitionen in Höhe von rund 69 Millionen Euro.

„Der Boom der Branche hält schon seit Jahren an. Und es ist kein Ende in Sicht", sagt die Bezirksvorsitzende Karina Pfau (Foto). Die Gewerkschafterin verweist auf einen wachsenden Berg genehmigter, aber noch nicht fertiggestellter Wohnungen, der zu „prall gefüllten Auftragsbüchern" bei den Unternehmen führe: Nach einer Auswertung des Pestel-Instituts wurden in der Stadt zwischen 2011 und 2019 Baugenehmigungen für rund 830 Wohnungen erteilt, die noch gebaut werden müssen.

„Es gibt einen regelrechten Stau am Bau. Maurer, Zimmerleute und Fliesenleger arbeiten am Anschlag. Statt Kurzarbeit und Homeoffice heißt es bei ihnen: Überstunden und Wochenendarbeit", so Pfau. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein fordert, die Beschäftigten an den guten Geschäften der Firmen fair zu beteiligen.

Entschädigung für Fahrzeiten

In der laufenden Tarifrunde setzt sich die Gewerkschaft deshalb für ein Einkommensplus von 5,3 Prozent ein. Außerdem sollen die sogenannten Wegezeiten, also die langen, meist unbezahlten Fahrzeiten zu den Baustellen, entschädigt werden. Die Tarifverhandlungen zwischen der IG BAU und den Arbeitgebern gehen am 21. und 22. Juni in die zweite Runde.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts wurden im vergangenen Jahr 306.376 neue Wohnungen in Deutschland fertiggestellt – ein Plus von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit wurden so viele Wohnungen neu gebaut wie seit 2001 nicht mehr.

WAZ DU